Pressemitteilung

Am 26.3. 2020 soll in der Ratssitzung die Entscheidung über das Baugebiet Wienkamp 2 fallen. Die Abwägung der Gemeinde, d.h. die Bewertung der Bürgereinwände soll verabschiedet werden, obwohl auf zahlreiche Einwände keine ausreichende Antwort erfolgte.

Die zur Diskussion und Vorbereitung angesetzte Sitzung des Gemeindeentwicklungsausschusses am 19.3. wurde abgesagt. Die Themen der Ratssitzung sind so umfangreich, dass eine Diskussion gar nicht mehr möglich ist, die Bürgerfragestunde wurde gestrichen und die Öffentlichkeit ist de facto wegen der Angst vor Ansteckung ausgeschlossen. Aufgrund des jetzt ausgesprochenen Kontaktverbotes verbietet sich ein Besuch der Ratssitzung ohnehin.

Die Anwohner im Wienkamp sind über das Demokratieverständnis der Gemeinde in hohem Maße erstaunt. Dass die Themen "Haushalt" und "Huxburg" dringend und unaufschiebbar sind, ist noch nachvollziehbar, für den Punkt "Wienkamp" gilt dies ganz sicher nicht.

Zahlreiche Einwände der Anwohner wurden in der Abwägung nicht berücksichtigt. Das Verkehrsgutachten ist fehlerhaft und unvollständig, es geht zum Beispiel überhaupt nicht auf die Situation im kurvigen Abschnitt der Anwohnerstraße im Westen ein und unterschlägt diesen Bereich völlig.

Es ist davon auszugehen, dass die Baumaßnahmen nach 2-3 Jahren keinesfalls abgeschlossen sein werden und die Gemeinde gibt keine Antwort darauf, wie es dann weitergehen soll – sie hält es für möglich, den weiteren Bauverkehr über die Anwohnerstraße abzuwickeln. Wir fordern die Gemeinde auf, dafür zu sorgen, dass die Baustraße bestehen bleibt, bis die Hochbaumaßnahmen abgeschlossen sind und die private Vereinbarung zwischen Vorhabenträger und Landwirt bezüglich der Baustraße transparent zu machen. Ein Baugebot könnte dazu beitragen, die Durchführung der Baumaßnahmen zu beschleunigen und sicherzustellen, dass die Grundstücke tatsächlich an bauwillige Familien verkauft werden und nicht an Grundstücksspekulanten.

Das HQ - Extremhochwassergebiet soll bebaut werden, obwohl die Bezirksregierung davon dringend abrät – die Gemeinde plant angeblich ausgleichende Renaturierungsmaßnahmen am Dümmer – gibt aber keine Antwort darauf, wie das tatsächlich geschehen soll. Ohne Miteinbeziehung der westlich angrenzenden landwirtschaftlichen Fläche dürfte das nicht zustande kommen.

Die Gemeinde weist in der Begründung zum Bebauungsplan auch ausdrücklich darauf hin, dass es im Zusammenhang mit der Baumaßnahme zu Baumfällungen am Kanal kommen kann. Das ist eine Tatsache, die alle Bürger angeht, denn der Weg am Kanal wird von vielen zum Spazierengehen benutzt. Wir fordern die Gemeinde auf, im östlichen Teil den Abstand der Gebäude von den Bäumen zu vergrößern.

Die derzeitige Situation wird hier von denjenigen, die von dieser Maßnahme profitieren, geschickt genutzt, um hinter mehr oder weniger verschlossenen Türen einen kritischen Plan durchzuwinken und dabei den Eindruck vor der Öffentlichkeit zu verschleiern, dass inzwischen Ratsmitglieder in relevanten Positionen verschiedener Fraktionen im Zusammenhang mit der Grundstücksverteilung befangen sind.

Im Namen der Interessengemeinschaft